

Guatemala Stadt – Ende Oktober 2023

Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala (96)

Die massiven Proteste dauern bereits einen Monat, nur sind die Forderungen nach Rücktritt der vier Symbole des Angriffs auf die Wahlen noch nicht erfüllt. Das System windet sich und der Protest musste seine Strategie ändern. Zur Zeit des Zwischenberichts Mitte Oktober waren es 190 Blockaden auf Haupt- und viele mehr auf Nebenverkehrsstraßen; der CACIF schrie nach Räumung und die Präsenz gewalttätiger und bewaffneter Stoßtrupps wurde immer offensichtlicher. Gewalt lag in der Luft. Polizei und Innenministerium hatten bis dahin auf Deseskalation gesetzt, wohl auch, weil es unter den einfachen PolizistInnen viel Sympathie für die Bewegung gab. Aber ein Teil des Paktes um Giammattei und Porras wollte keine Deseskalation. Porras beantragte noch am Montag (16.10.) beim Verfassungsgericht (CC) die Absetzung des Innenministers und die gewaltsame Räumung der Proteste.¹ In den Morgenstunden hatte es in Chimaltenango schon Provokationen durch bewaffnete Gruppen gegeben. Jederzeit konnte es zu einer Tragödie kommen.

In diesen ersten Tagen der dritten Woche legte die OAS ihren Vermittlungsbericht vor, der ein erstes Treffen von Giammattei und den indigenen Autoritäten in altem OAS-Stil als historisch feierte, aber auch unmissverständlich klarstellte, dass jedes zukünftige Gespräch nur dann Sinn mache, wenn die Wahlergebnisse anerkannt würden. In diesem Sinne agierten auch die USA, die immer noch keine

Wirtschaftssanktionen einsetzen wollten, aber dennoch den Druck erhöhten.²

Auch die ancestralen Autoritäten setzten auf Deeskalation; sie lockerten die Blockaden, ließen seit dem Wochenende neben Medikamenten und medizinischem Personal auch Lebensmittel und Treibstoff durch; dazu wurden einige Blockaden ausgesetzt und eine Strategieanalyse angekündigt. Es war klar, dass sie das Land nicht über Monate würden blockieren können, kündigten aber für die nächsten Tage massive Demonstrationen neuer sozialer Sektoren in der Hauptstadt an (s.u.). Die Proteste sollten sich ausbreiten und auf mehr Schultern verteilen, da zeitgleich der Druck auf sie durch die Bürgermeister in den Regionen grösser wurde. Viele von denen waren über die Partei Giammatteis gewählt worden und übten jetzt Druck aus auf die Proteste aus den Regionen heraus.

Gegen Mittag dieses 16.10. dann rasten in der Grenzregion zu Mexiko (San Marcos) schwere Pickups mit bewaffneten Typen auf der Ladefläche bis zu einer Blockade in Malacatán vor.³ Zuerst schossen sie noch in die Luft, an der Blockade dann gezielt. Ein direkter Schuss von der Ladefläche tötete eine Person, eine zweite kam schwer verletzt ins Krankenhaus.

Nach den Nachrichten aus San Marcos stieg die Nervosität an allen Blockaden, vor allem aber vor dem MP; nach dem gerade erfolgten Rücktritt des Innenministers schien eine gewaltsame Räumung hier der logische nächste Schritt. In der Zwischenzeit hatten die Autoritäten allerdings mit der Polizeiführung und dem zuständigen Vizeminister des Inneren einen öffentlichen Dialog für den Dienstag vereinbart. Es war ein Dialog zweier Parteien, die um das Interesse anderer an einer Verschärfung des Konfliktes

¹ Der trat auch tatsächlich zurück. Die CC erließ dazu einen Beschluss, der anordnete, dass die Blockaden durchlässig sein müssten und auch die Demonstranten vor dem MP das Personal passieren lassen müsse; andernfalls dürften Polizei und Militär gewalttätig einschreiten. Zu allem Überfluss faselte die CC dabei auch noch von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, die nicht hingenommen werden könnten. Es bezog sich wohl darauf, dass eine Zentralstelle für die Wasserversorgung der Stadt besetzt und das Wasser abgestellt worden war. Nur war längst klar, dass auch diese Aktion Ergebnis bewaffneter Provokateure war.

² In der vierten Woche kam der stellvertretende US-Außenminister Nichols nach Guatemala. Giammattei weigerte sich

zwar, ihn persönlich zu treffen, aber dessen Botschaft zur Machtübergabe an Arévalo kam sicher dennoch an.

³ Die Gegend ist als Narco-Territorium, der Bürgermeister von Ocos als Allierter dieser Banden bekannt. Zur „Folklore“ der Gegend gehört auch, dass diese Pick-ups, die offensichtlich den Narcos gehören, von Polizeipatrouillen begleitet wurden, die erst bei den Schüssen verschwanden. Einer der Narco-Wagen wurde übrigens kurz drauf als das Transportmittel identifiziert, das der wiedergewählte Bürgermeister von Ocos während der Wahlkampagne benutzt hatte.

wussten, aber selbst auf Deeskalation setzten. Es war auch eine Lehrstunde der Weitsichtigkeit der aneztralen Autoritäten, die weiter alles der Forderung nach Rücktritt der Viererbande unterordneten und dennoch offen für Auswege blieben. Sie ließen keinen Zweifel daran, dass sie Institutionen und eine Demokratie verteidigten, die niemals die ihren waren: „Wir haben bewiesen, dass wir auch ohne Euch können; unsere Justiz funktioniert in unseren Territorien, Euer System nicht..., es sei denn, es verfolgt uns.“ Weiter: „Die Entscheidung, das Personal des MP aus seinem Gebäude abzuziehen, war nicht unsere. Das Personal kann kommen, wir lassen es rein und auch wieder raus. Aber wir werden uns nicht bewegen vom MP, bis die vier zurücktreten; das Personal kann uns dabei gerne zuhören und zusehen.“⁴

Der Strategiewechsel wurde zu einem Ausdruck der Stärke. Die wichtigsten Blockaden blieben in dieser dritten Woche bestehen. Am Dienstag und Mittwoch strömten aber, wie angekündigt, viele Tausende ins Zentrum der Stadt, um vor dem Kongress, dem MP und den Gerichten zu protestieren. Allein in der Hauptstadt schlossen 22 Märkte; aus dem Landesinneren kamen - nicht nur in den nächsten Tagen – Kontingente aus allen Regionen in die Stadt; es kamen Tuctucs aus Sololá genauso wie Lastwagen aus dem Quiché oder Busse aus Jutiapa. Im Zentrum wurde über die ganze Woche demonstriert, zumal am 20.10. der 79. Jahrestag der Oktoberrevolution anstand, die Bernardo Arévalos Vater zum Präsidenten gemacht hatte. Schon immer war das ein Tag der Demonstration, aber dieses Jahr übertraf alles. Es waren Ströme von Demonstrationen, die sich im Zentrum bewegten.

In der Zwischenzeit – die OEA hatte das Land verlassen – kam es zu nicht öffentlichen Gesprächen der indigenen Autoritäten mit dem

CACIF; das erste Gespräch wurde wohl von der US-Botschaft organisiert, danach übernahm Arévalo diese Rolle. Die massiven Proteste hatten diese Gespräche erzwungen; hier wurde die Lockerung wichtiger Blockaden vereinbart, aber auch unverständlich klar gemacht, dass es keine Lösung des Konflikts ohne den Rücktritt der Viererbande geben würde. Die Blockaden könnten, so die Autoritäten, jederzeit wieder aufgenommen werden, auch wenn ab jetzt die Proteste vor dem MP das Symbol des Widerstandes sein würden; die erwähnten Konvoys aus dem Landesinneren kamen auch in der vierten Woche täglich in der Hauptstadt an; bis heute steht der Dauerprotest vor dem MP.

Am 21.10., nach dem zweiten Treffen, veröffentlichte der CACIF eine Erklärung, in dem er sich etwas nebulös, aber doch für die Amtsübergabe an die gewählte Regierung auszusprechen schien; vieles blieb unklar, nichts schien wirklich sicher zu sein, und doch schienen die Dinge endlich in Bewegung zu kommen.

In der vierten Woche blieben neben den Protesten in der Stadt nur noch die Blockaden auf der Panamericana in Sololá bestehen; am Samstag, dem 28.10., wurden auch die nach vier Wochen ausgesetzt. Vorher war es zu einer dritten Dialogsitzung gekommen. Der harte Sektor des CACIF (Landwirtschafts-, Industrie- und Baukammer) nahm zwar nicht teil, aber sowohl sein Präsident, Lejárraga, wie einige seiner Kammern waren dabei; dazu kam FUNDESA, die Stiftung der 8 Ursprungsfamilien der Oligarchie. Auch die wichtige Handelskammer und die Kammer für Ernährung und Getränke, die beide außerhalb des CACIF agieren, waren da, genau wie der alternative Unternehmerverband CNE. Auf Seiten der Proteste waren es u.a. die 48 Kantone aus Totonicapán, Autoritäten aus Sololá, der Ixil-

⁴ Kurz darauf installierte die Polizei ein paar Geländer, um den Weg für das Personal am nächsten Tag durch die Demonstrierenden zu garantieren und so dem Urteil der CC nachzukommen. Bis heute kam niemand zurück. Jetzt kann man spekulieren, ob die Zuspitzung des Konflikts, die gewalttätigen Vorfälle und der Antrag auf Räumung der Proteste vor dem MP nicht vielleicht einem ganz anderen Zweck als dem offensichtlichen dienten. Als die Presse am folgenden Tag auf die

Rückkehr des Personals wartete, das niemals kam, fuhr ein Pickup des MP vor und ließ vor laufenden Kameras Kisten voller Akten abtransportieren. Wäre es wirklich um den Transport beliebiger Akten gegangen, hätten sie wohl eher die Tiefgarage im Keller des MP und die dortigen Aufzüge genutzt. Sie wollten aber Öffentlichkeit... woh weil die eigentliche Botschaft an den Pakt selbst gerichtet war: Denkt daran, wir haben Euch in der Hand; wir haben die Akten zu Eurer Korruptionsfällen wieder in der Hand.

Region und VertreterInnen des Xinca-Parlaments.

Noch ist nicht klar, welches Panorama wir am alles entscheidenden 14. Januar 2024, dem Tag der Machtübergabe, haben werden. Es geht dabei nicht nur um die Amtsübergabe an Arévalo und Herrera, sondern auch um die Existenz von SEMILLA als Partei... und darum, ob Arévalo über eine arbeitsfähige Fraktion im Kongress verfügen wird oder mit ständiger Sabotage durch eine Staatsanwaltschaft unter Porras rechnen muss. Wenn wir Arévalo schon ertragen müssen, soll er wenigstens ein schwacher Präsident sein, ist wohl nach wie vor der Plan.

Und doch scheinen Dinge in Bewegung, die Hoffnung machen. Der internationale Druck und die massiven Proteste haben Bewegung in eine Konjunktur gebracht, die erstarrt schien. Der modernere Unternehmenssektor hat eine gewisse Führung übernommen, die er vorher der Kerntruppe des Paktes überlassen hatte. Auf dieser vorerst letzten Sitzung, bei der es um die Aussetzung der Blockaden ging, war der Diskurs der beteiligten UnternehmerInnen: „Wir wollen mit Euch die Demokratie retten; Ihr braucht die Blockaden nicht mehr“. Was sie denn als Alternative zu den Blockaden vorschlagen würden, fragten die Autoritäten... worauf der Vorschlag der Bildung eines gemeinsamen Teams von AnwältInnen der Dialogparteien gemacht wurde, mit dem Ziel einer gemeinsamen Strategie gegen die Angriffe aus dem MP. Heute existiert dieses Team. Es bleibt abzuwarten, ob seine Symbolkraft in einem System, in dem Recht längst käuflich ist, ausreicht, um tatsächlich Dinge zu bewirken. Aber es lohnt sich, es zu versuchen und es lohnt sich auch, dem Sektor, der den Rechtsstaat nicht völlig verlieren will, mehr Verantwortung zu geben; bisher hat er sich hinter dem Pakt verstecken können.

Am letzten Tag des Monats wachten wir dann mit zwei widersprüchlichen Nachrichten auf. Zum einen zirkulierte ein offener Brief verschiedener Institutionen, die diesem Sektor

nahestehen und sich an die ehrenamtlichen Wahlvorstände richten, sich vor sie stellen und sich verpflichten, die Wahlergebnisse zu verteidigen. Der CACIF unterschrieb diese Initiative ausdrücklich und macht damit die Machtübergabe zu seinem Thema; das ist gut, wenn auch lange nicht genug.

Am gleichen Morgen erklärte das oberste Wahlgericht (TSE), dass es die Wahlperiode nicht verlängern wird; die läuft damit um 24 Uhr des heutigen 31.10. aus. Das Gericht vergab damit die Chance, die Wahlperiode bis in den Januar zu verlängern⁵, was dem aktuellen Kongress die Suspendierung SEMILLAS verwehrt hätte. (Notizen 92/93). Allerdings lag auf der Hand, dass die CC diese Entscheidung ohnehin wieder kassiert hätte, da ihre Mehrheit die Suspendierung will. Diese Suspendierung wird damit im November im Zentrum stehen, politisch wie juristisch. Im August musste der Kongress den Versuch, die aktuelle Fraktion von SEMILLA aufzulösen, noch zurücknehmen (Notizen 92). Sie werden es wieder versuchen, aber in der Zwischenzeit können sich auch im Kongress Dinge verändert haben. SEMILLA hat intensiv daran gearbeitet.

Auf der anderen Seite hat der Beschluss des TSE auch eine positive Seite, da er unmissverständlich klarmacht, dass mit abgeschlossener Wahlperiode die Ergebnisse endgültig und unantastbar sind. Eigentlich...

Trotz der beschriebenen Entwicklungen ist aber selbst die Machtübergabe noch nicht wirklich sicher. Das MP ist heute mehr in der Defensive als zuvor und seine Möglichkeiten sind reduziert, aber sie werden nicht lockerlassen. Die Frage ist, wie ernst es der CACIF meint und wie sein Personal in der CC agieren wird; Bisher hat der radikale Sektor des CACIF hier noch eine 4:1 Mehrheit; kippt die, kann der Traum des MP von der Wahlannullierung jederzeit enden. Bis dahin lesen wir weiter im Kaffeesatz.

Miguel Mörth

⁵ Das TSE hat diese Kompetenz; dazu kommt, dass das MP die beschlagnahmten Originalakten der Wahlen noch zurückhält.